

stärker solche Tätigkeiten und zwar zu Lasten der engeren Seelsorgsarbeit zu wählen, denen Laien unter heutigen Bedingungen wenigstens ebenso gut, wenn nicht besser gewachsen sind. Aber oft zeigen erst längere Entwicklungen und Erprobungen, was richtig und möglich ist und was nicht. Insgesamt befindet sich der Orden ohnehin bereits wieder in einer *Konsolidierungsphase*. Es ist deshalb durchaus fraglich, ob die jetzt getroffenen Maßnahmen diesen Prozeß fördern und beschleunigen oder eher behindern. Die *Betroffenheit im Orden* selbst ist jedenfalls beträchtlich. Die Provinzialkonferenz der deutschen Ordensassistenten reagierte noch sehr zurückhaltend, als sie in einer Presseerklärung nur auf die Einmaligkeit dieses Vorgangs und auf die Tatsache hinwies, daß der Papst in dem Brief an den Ordensgeneral keine Gründe für seine Entscheidung angegeben habe (vgl. Kathpress-Dokumentation, 27. 10. 81). Von dem Oberen der französischen Provinz wurde schon sehr viel direkter von einer „Glaubensprobe“ für die Jesuiten (vgl. La Croix, 28. 10. 81) gesprochen, und die beiden kanadischen Provinziale sprachen offen von einer „unverständlichen Entscheidung“ (zit. nach Kathpress, 3. 11. 81). Die offizielle Amtsübergabe an den päpstlichen Delegaten fand mit einer Konzelebration von P. Dezza mit P. Arrupe in der Kapelle der Ordenskurie zwar in einer sehr versöhnlichen Form statt, aber damit sind noch keine Probleme aus der Welt geschafft. In absehbarer Zukunft wird sich nicht nur entscheiden, welcher Führungsstil sich im Orden durchsetzen wird, sondern auch, ob die Jesuiten in einer strukturell sich stark wandelnden Kirche noch *der* Orden des Papstes sein können, als der sie bisher verstanden wurden, oder ob sie nicht vielmehr *als* *Orden in der Kirche* mit einer nie problemfreien Doppelbindung an gesamt-kirchliche Aufgaben unter dem Patronat des Papstes und an die örtlichen und regionalen kirchlichen Aufgaben unter der seelsorglichen Verantwortung der Bischöfe leben müssen und ihr eigenes Profil als *Einheit in der spirituellen Formung* dennoch erhalten können.

D. S.

Friedensdenkschrift: fragiles Konsensangebot

Als die „Kammer für öffentliche Verantwortung“ der Evangelischen Kirche in Deutschland Ende 1979 vom Rat der EKD den Auftrag erhielt, eine Friedensdenkschrift zu erarbeiten, steckte die neue Friedensdiskussion im deutschen Protestantismus noch in den Anfängen und war von einer „Friedensbewegung“ noch kaum etwas zu sehen. In den fast zwei Jahren bis zur Veröffentlichung der Denkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern“ im Rahmen der 4. Tagung der 6. Synode der EKD (vgl. ds. Heft S. 645) am 5. November hat sich das Bild gründlich verändert: Zum einen ist die Friedensbewegung nicht erst mit der Großdemonstration vom 10. Oktober zu einem gerade auch im Ausland stark beachteten gesellschaftlich-politischen Faktor geworden, zum anderen hat sich die Diskussion über Rüstung und Friedenssicherung im evangelischen Raum in einer Weise intensiviert und gleichzeitig polarisiert, die zu erheblichen innerkirchlichen Spannungen und öffentlichen Irritationen führte.

In seinem Bericht vor der Fellbacher Synodaltagung gab der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof *Eduard Lohse*, der Hoffnung Ausdruck, die Denkschrift werde einen gewichtigen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung leisten, der Komplexität der Zusammenhänge gerecht werden und den Konsens in der Kirche verbreiten helfen. Ein solcher Konsens war zunächst einmal unter den Mitgliedern der Kammer für öffentliche Verantwortung herzustellen, der unter dem Vorsitz von Prof. *Trutz Rendtorff* (München) neben Vertretern der Kirchenleitungen und Hochschullehrern Politiker angehören, deren Position gerade im Hinblick auf die Friedensdiskussion beträchtlich auseinanderliegen: *Erhard Eppler*, *Roman Herzog*, *Jürgen Schmude*, *Richard von Weizsäcker*.

Der schließlich von der Kammer verabschiedete und vom Rat der EKD gebilligte Text, dem eine nochmalige,

stilistische Unebenheiten glättende und Wiederholungen beseitigende Redaktion gut getan hätte, läßt in der Art der Argumentation deutlich erkennen, daß er sich der oft mühsamen *Suche nach einem Kompromiß* zwischen unterschiedlichen Akzentsetzungen verdankt, sowohl was die Analyse der weltpolitischen Situation wie was die Beurteilung von Gleichgewicht und Abschreckung anbelangt. Das hat allerdings den nicht gering zu schätzenden Vorteil, daß durchweg vorsichtig-differenziert argumentiert wird, auch wenn manchmal Aussagen mehr nebeneinandergestellt als wirklich miteinander vermittelt werden.

Als *Ausgangspunkte* für ihre Überlegungen wählt die Denkschrift einerseits eine Analyse gegenwärtiger Gefahren für den Frieden, der sich ein Überblick zu den politischen Bemühungen um die Sicherung des Friedens seit 1945 anschließt, andererseits die Darstellung der einschlägigen früheren Äußerungen der EKD wie der in den letzten Jahren im deutschen Protestantismus hervorgetretenen Initiativen in der Friedensfrage. Bei der Analyse von Entstehung und Ursachen der weltpolitischen Krisensituation ist deutlich die Absicht bestimmend, keine einseitigen Schuldzuweisungen vorzunehmen, sondern die Interessenslage beider Machtblöcke verständlich zu machen und kritisch zu werten. Die Durchführung fällt nicht immer gleichermaßen überzeugend aus. Als eigentliche Gefahr erscheint die durch Perfektionierung der Waffentechnik weitergetriebene *Rüstungsspirale*; den einzigen Ausweg sieht die Denkschrift in einer „Wiedergewinnung der politischen Perspektive in den weltweiten Gegensätzen und Konflikten“. Dieser Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch alle Partien des Textes.

Von einer Friedensdenkschrift der EKD war in der kirchlichen Öffentlichkeit vor allem die Klärung der Frage erwartet worden, inwieweit die „Heidelberger Thesen“ von 1959 und die 1967 geprägte Formel vom „Frie-

densdienst mit und ohne Waffen“ weiterhin als kirchenamtliche Position gelten könnten. Schließlich war in den letzten Monaten häufig gefordert worden, die EKD solle sich gegen die Möglichkeit eines Friedensdienstes auch mit der Waffe aussprechen bzw. nach dem Vorbild der niederländischen Hervormde Kerk die in den Heidelberger Thesen als für den Christen noch möglich anerkannte Friedenssicherung durch atomare Abschreckung prinzipiell verurteilen. In beiden Fällen entscheidet sich die Denkschrift gegen das Zerschlagen des gordischen Knotens zugunsten einer eindeutigen kirchlichen Option und für das *Weitergelten der Formeln von 1959 und 1967*, allerdings nicht ohne verdeutlichende und erklärende Akzentsetzungen nach beiden Seiten. Einerseits werden die Risiken des Abschreckungs- und Gleichgewichtskonzepts eindringlich hervorgehoben und seine Einbindung in ein politisches Gesamtkonzept der Friedenssicherung als notwendige Voraussetzung für die weiterhin mögliche Zustimmung der Kirche urgiert. Die Anerkennung für den Dienst in der Bundeswehr ist dabei denkbar knapp ausgefallen. Andererseits wird auch die Formel vom „Friedensdienst ohne Waffen“ insoweit problematisiert, als auf die Unverzichtbarkeit der Wahrnehmung der realen Konflikte und der Beteiligung am mühsamen Geschäft politischer Friedenssicherung verwiesen wird. Hierher gehören auch *begrüßenswerte Klarstellungen* zum Thema Bergpredigt – die Kirche lehre mit den Worten Jesu aus der Bergpredigt gerade nicht den Verzicht auf verantwortliches Handeln, sondern sie lehre die Christen, in welche Richtung die Verantwortung vom Willen Gottes gewiesen sei – und zum Verhältnis von Friedensgesinnung und politischer Verantwortung. „Wer an der politischen Friedensaufgabe mitwirken will, kann sich nicht mit dem Bekenntnis begnügen, Frieden zu wollen, d. h. seine Friedensgesinnung und Friedenseinstellung zu bezeugen.“

In diesem Zusammenhang wäre es allerdings wünschenswert und nützlich gewesen, wenn die Denkschrift zwei Gedanken in der Argumentation stärke

berücksichtigt hätte, die beide nur en passant auftauchen: Gemeint ist damit der notwendige Zusammenhang von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit und die Spannung zwischen der grundsätzlichen Verwerfung des Krieges als Mittel zur Lösung von Konflikten und dem Recht auf nationale Selbstbestimmung oder dem Schutz der Menschenrechte.

Das im Blick auf die gegenwärtige Diskussion entscheidende Herzstück der Denkschrift wird präludiert durch theologische Ausführungen zum christlichen Friedensauftrag und findet seine Ausfaltung in Überlegungen zu Möglichkeiten kirchlichen Handelns. Der *theologische Teil* bietet allerdings keine Entfaltung des biblischen Friedensbegriffs, wie man es hätte erwarten können, sondern beschränkt sich darauf, nach den Implikationen und Konsequenzen des christlichen Bekenntnisses zum Frieden Gottes in der Versöhnung durch Jesus Christus und der kirchlichen Grundakte Gebet und Gottesdienst für das politische Handeln des Christen zu fragen. Dadurch wird auf die wirkliche produktive Konfrontation zwischen einem genuin christlichen Friedensverständnis und den die gegenwärtigen Auseinandersetzungen bestimmenden Friedensbegriff, die Analogie und Differenz zum Vorschein bringen müßte, verzichtet.

Unter den einzelnen Punkten, die als *Aufgaben der Kirche* in der Friedensdiskussion genannt werden, verdient der Passus über die Notwendigkeit, Kompromißbereitschaft zu wecken, besondere Erwähnung, ebenso der Hinweis, daß sich Erziehung zu Friedensbereitschaft und Friedensfähigkeit vor allem im Gespräch zwischen den verschiedenen Überzeugungen, Positionen und Generationen vollziehe. Ob und wie die Kirche allerdings in der Lage sein wird und sein kann, die „Erfüllung der staatlichen Friedensaufgabe kritisch und konstruktiv“ zu begleiten, bleibt auch nach den Klärungsversuchen der Denkschrift eine berechtigte Frage.

Es hat nicht nur mit dem offen eingestandenem Dissens innerhalb der Kammer für öffentliche Verantwortung darüber zu tun, ob „jetzt ein Punkt er-

reicht sei, an dem Schritte zur Rüstungsbegrenzung auch auf Kosten des militärischen Gleichgewichts unbedingter Vorrang zu geben sei“, daß sich die Denkschrift nicht zu konkreten Einzelfragen über Rüstung, Gleichgewicht und Abrüstung Stellung nimmt, sondern hängt mit ihrem Grundansatz zusammen. Sie will sich nicht in Fragen einmischen, die sich der Kompetenz der Kirche entziehen, sondern vielmehr die *politische Grundsatze* anregen und fördern. Dadurch versucht man gleichsam zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Einerseits ist mit der Forderung nach dem Primat politischer Friedenssicherung eine Ebene angezielt, auf der die Kirche wirklich einen Beitrag leisten kann, zum anderen glaubt man damit den einzigen Schlüssel in der Hand zu haben, mit dem sich kurz- wie längerfristig ein Ausweg aus der verfahrenen weltpolitischen Lage ergeben könnte.

Hier wird man der Denkschrift voll und ganz beipflichten müssen, gerade im Blick auf zahlreiche problematische Stellungnahmen sowohl aus der Friedensbewegung wie aus dem Lager ihrer Kritiker. Es kann zur *Versachlichung der Diskussion* beitragen, wenn gerade auch von Seiten der Kirche daran erinnert wird, daß, wie es die Denkschrift formuliert, Sicherheit offenbar noch nicht ohne, aber auch keinesfalls mehr allein durch Rüstung herzustellen sei. Allerdings insistiert die Denkschrift vor allem deswegen so sehr auf der politischen Sicherung des Friedens, weil die Hauptgefahr in den nach ihrer Meinung letztlich politisch nicht mehr kontrollierbaren Risiken der Waffenentwicklung und des Wett-rüstens besteht.

Als Verbindung zwischen dem Spielraum, den die Argumentation der Denkschrift mit ihrer wenn auch verhaltenen Zustimmung zur Friedenssicherung durch nukleare Abschreckung und militärisches Gleichgewicht der Sicherheitspolitik gewährt und dem angestrebten Ziel einer internationalen Friedensordnung werden als mögliche Schritte die Erarbeitung eines *Konzepts blockübergreifender und umfassender Kooperation*, die Diskussion über ein defensives Verteidigungs-

gungskonzept und Bemühungen um eine effektive Rüstungsminderung genannt, wobei auch *kalkulierte einseitige Schritte* ins Auge gefaßt werden. Damit schließt sich die Denkschrift an Elemente der „gradualistischen Abrüstungsstrategie“ an, wie sie beispielsweise in dem von einer Evangelisch-Katholischen Arbeitsgruppe vorgelegten Papier „Schritte zur Abrüstung“ (vgl. HK, Juni 1981, S. 276–278) entwickelt wurde, ohne allerdings auch dessen Forderung nach dem Verzicht auf neue Atomwaffen in der Bundesrepublik zu übernehmen. So sehr sich solche und andere Näherungslösungen von der in der Denkschrift entfalteten kirchlichen Grundposition her nahelegen mögen, ihre Angemessenheit und Durchführbarkeit zu beurteilen, ist wiederum Sache der politischen Verantwortung, deren Unverzichtbarkeit ja in der Denkschrift eindringlich genug herausgestellt wird.

Es war realistischerweise nicht zu erwarten gewesen, daß die Denkschrift das Ei des Kolumbus der kirchlichen Friedensdiskussion hervorzaubern und gegenüber den bisher vertretenen Positionen entscheidende neue Elemente ins Spiel bringen würde. Sie macht vor allem ein *Konsumangebot*, indem sie einerseits sowohl in der Situationsanalyse wie bei der Beschreibung der Aufgaben der Kirche explizit oder auch nur implizit durch die Art der Argumentation die vorhandenen Spannungen, Schwierigkeiten und sogar Aporien ehrlich hervortreten läßt, andererseits noch einmal eine *Gesamtperspektive* zu entwerfen versucht, die eine *Integration* der auseinanderstrebenden Grundpositionen im deutschen Protestantismus ermöglichen soll und gleichzeitig politischen Spielraum läßt. Diese Integration gelingt aber nur, indem das „noch“ der Heidelberger Thesen nochmals nachdrücklich als Vorzeichen vor die Klammer gesetzt wird. Sie gelingt auch nur deshalb, weil Positionen wie „Ohne Rüstung leben“ und „Sicherung des Friedens“ dabei ihr jeweiliger Stachel gezogen wird. Insofern handelt es sich um eine zwar notwendige und hilfreiche, aber auch sehr *fragile Positionsbestimmung*.

Es muß offen bleiben, ob und inwieweit die Denkschrift zu einem breiten Konsens in der protestantischen Friedensdiskussion beitragen und darüber hinaus in den weiterhin zu erwartenden politischen Grundsatzdebatten von Wirkung sein wird. Immerhin werden künftige kirchliche Stellungnahmen – auch von katholischer

Hessen: Kirchenkoalition mit Startbahngegnern

Der Ausbau des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens ist seit vielen Monaten nicht nur in der unmittelbar betroffenen Region und im Land Hessen, sondern im gesamten Bundesgebiet Gegenstand leidenschaftlicher Auseinandersetzungen. Nachdem die Bundesregierung, die Hessische Landesregierung, die im Landtag vertretenen Parteien (nach heftigem Streit innerhalb der SPD) und die Gewerkschaften sich für die Erweiterung entschieden und die Gerichte die Baugenehmigung erteilt hatten, setzten die Gegner des Flughafenausbaus auf Widerstand. „Startbahn West“ wurde bundesweit zu einer Losung der Umweltbewegung. Gleichzeitig hatte sich die Ablehnung durch die Betroffenen in der näheren Umgebung zusehends verhärtet. Als die Polizei das von Startbahngegnern besetzte Gelände räumte, kam es zu erheblichen Gewalttätigkeiten. Erneuten Ausbruch von Gewalt mit verletzten Demonstranten und Polizisten gab es im Gefolge der Räumung des „Hütten dorfs“, das Startbahngegner auf dem vorgesehenen Baugelände errichtet hatten.

Die Tatsache, daß zu diesem Dorf eine „Hüttenkirche“ zählte und daß bei der Räumung des Geländes evangelische Pfarrer der Umgebung die Kirchenglocken läuten ließen, machte die *Parteinahme von Teilen der evangelischen Kirche* sinnfällig. Im Unterschied zu anderen Fällen, in denen der Protest gegen technische Großprojekte „geistlichen Beistand“ fand, hat sich in Frankfurt die Kirche *amtlich* in den Streit eingeschaltet. Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in

Seite – an ihren Aussagen nicht vorbeisehen können, auch wenn man nicht alle ihrer Akzentsetzungen teilt. Schließlich enthält sie einige prägnante Sätze, die man sich merken sollte. Um nur einen davon zu nennen: „Nur wer Hoffnung hat, hat auch Zeit für konsensfähige Lösungen der Probleme, die uns ängstigen.“ U. R.

Hessen und Nassau schlug sich in einer Erklärung vom 16. Oktober, deren Wortlaut erst eine Woche später veröffentlicht wurde (vgl. FAZ, 23. 10. 81), auf die Seite der Startbahngegner.

Hatte sich die Kirchenleitung in der Vergangenheit zurückhaltend bis eher positiv zum Bau der neuen Startbahn geäußert, so ließ sie in ihrer jetzigen Erklärung recht deutlich ein *Votum für die Ablehnung* erkennen. Die Erklärung beginnt mit der – im Sinn der friedentiftenden Aufgabe der Kirche gewiß nicht unbilligen – Bitte an die Hessische Landesregierung, „daß vor der abschließenden Entscheidung über das Volksbegehren zum Bau der Startbahn West (das die Startbahngegner freilich erst seit kurzem anstreben) keine Maßnahmen zur Vorbereitung des Baues getroffen werden, die Eingriffe in die ökologische Struktur darstellen“. Zum Schluß erfolgt aber eine recht eindeutige Solidarisierung: „Wir teilen die schweren Sorgen der von dem Startbahnbau betroffenen Bevölkerung, die die künftigen Belastungen für unzumutbar hält.“

Dem Text der Erklärung ist anzumerken, daß die Verfasser für eine der beiden Seiten *optiert* hatten, zugleich aber auch ihre eigenen *Skrupel* mit einbringen und *präsumptiven Einwänden* vorbeugen wollten. So wird einerseits konzediert, daß die Kirche nicht in der Lage sei, „im Widerstreit zwischen wirtschaftlichen Erfordernissen auf der einen Seite und der Notwendigkeit, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, auf der anderen Seite, ein abschließendes Urteil abzugeben“.